

Ostdeutsches Phänomen?!

Viele kluge und weniger kluge Bücher, aber auch viele Diskussionen mit anderen Menschen haben das Thema Ost – West beleuchtet. Es gibt aber auch die berühmten und berüchtigten Stammtischreden, die oft betäublich einfältigen Leserzuschriften in den Lokaljournalen und Statements in den Sozialen Medien, die die vielfältigsten und einfältigsten Stimmungen wiedergeben.

Aber so einfach ist es nicht!

Aus der Perspektive eines wachen Ostdeutschen, der im 2. Weltkrieg geboren wurde, mit vollem Bewusstsein die DDR erlebt hat und die „Wendezeit“ erfahren durfte, wage ich meine Sicht zu äußern. Der spontane Text ist nur kurz und holzschnittartig, entspringt mehr dem Gefühl der Fassungslosigkeit, wie der aktuelle Populismus bei den Menschen verfängt.

Ich war in meiner beruflichen Laufbahn oft Systemanalytiker in der Automatisierungsentwicklung und musste nach der Problemanalyse versuchen, Lösungen anzustoßen oder selber zu realisieren. Ich habe also gelernt, den Dingen auf den Grund zu gehen. Zum Romanschreiben reichen meine poetischen Fähigkeiten nicht; also hier meine nüchterne Analyse:

Ich versuche es mal mit den unterschiedlichen Lebensverhältnissen in Ost und West zu erklären.

Vorneweg: Gleichheit wäre langweilig, Vielfalt ist belebend.

Ein Bayer ist anders als ein Mecklenburger, ein Rheinländer ist anders als ein Sorbe bzw. Wende und das ist gut so.

Gründe für die verschiedenen Sichtweisen der Deutschen in Ost und West auf die Gegenwart und in die Zukunft sind sowohl ethnischer, soziokultureller, religiöser oder auch nichtreligiöser, politischer sowie materieller Art. Ganz wesentlich sind wohl auch die Unterschiede in den geschichtlichen Erfahrungen.

Im Zuge der zu erwartenden Beendigung des 2. Weltkrieges sind alle wichtigen Zentralen der ostdeutschen Wirtschaft samt ihren Führungskräften in die zukünftigen Westzonen abgewandert - dabei vornehmlich in den amerikanischen Teil nach Bayern und Baden-Württemberg und bilden besonders in Bayern die Grundlage für die entstehenden Industrieregionen.

Die Siegermächte Frankreich und England wollten nach Beendigung des Krieges für immer sicherstellen, dass ein zentralistisch geführtes, bestimmt wieder neu erstarkendes Deutschland nie wieder eine Bedrohung für die Nachbarvölker werden kann. Es gab Bestrebungen, die Besatzungszonen zu deindustrialisieren. Die Alliierten hatten in Jalta beschlossen, dass den Deutschen harte Reparationen für die entstandenen Schäden in der Welt auferlegt werden sollten. Nach dem Krieg geschah genau das Gegenteil mit den Westdeutschen Besatzungszonen. Die Amerikaner setzten sich für eine moderate Politik des Wiederaufbaues des zerstörten Westdeutschlands ein und entwickelten dafür den bekannten Marshallplan, mit dem die Not der Zivilbevölkerung vermindert und die Wirtschaft wieder auf die Beine gestellt werden sollte. Wohl auch, um ein Bollwerk gegen kommunistische Einflussnahme seitens der Sowjetunion zu schaffen. Unter der Kontrolle der Westalliierten wurde das Grundgesetz eines neuen Staates geschaffen, in dem die föderale Struktur Deutschlands festgeschrieben wurde. Politische Parteien wurden zugelassen und die Medien Stück für Stück aus der alliierten Kontrolle entlassen. Die neuen westdeutschen Bundesländer wurden im Wesentlichen in ihrer territorialen Ausdehnung entsprechend der gewachsenen feudalen, verwaltungstechnischen, ethnischen, religiösen und kulturellen Traditionen belassen. So wurde das Heimatgefühl nicht angetastet. Verwaltungsbeamte, Polizei, Lehrerschaft blieben, bis auf krasse Fälle nationalsozialistischer Schuldiger, auf ihrem Posten. Im Laufe der folgenden Wirtschaftswunderjahre konnten kirchliche Traditionen und Prozessionsrituale, Traditionsvereine, Schützenvereine, Burschenschaften, Karneval,

Trachtengruppen, Feuerwehr und andere bürgerliche Verbindungen nach dem Trauma des Krieges das Miteinander allmählich wieder stärken. Ohne nennenswerte Brüche partizipierten alle von dem neu erwachenden Wohlstand durch die Erhard'sche „Freie Marktwirtschaft“. Die Besitzverhältnisse an Grund und Boden hatten sich nicht wesentlich geändert, auch neu geschaffene Vermögen konnten an die nächsten Generationen weitergegeben werden und weiterhin für kleinteilige privatwirtschaftliche Initiativen genutzt werden.

Man fuhr im Urlaub in den Süden und Westen, holte ausländische Arbeitskräfte für die Drecksarbeiten ins Land. So erweiterte auch die breite Masse Stück für Stück die Sicht auf andere Länder, Lebensweisen und Kulturen. Es ging ihnen so gut, dass sie den Verwandten in Ostdeutschland Pakete mit begehrten und manchmal auch enttäuschenden Dingen schickten. Sie hatten dabei sicher ein berechtigtes, wohlige Gefühl, den armen Menschen im Osten etwas Gutes zu tun. Aber sie gruselten sich, wenn sie nach dem Mauerbau über die Kontrollstellen zur Durchreise durch den Osten von Angst einflößenden Grenzern der DDR penibel und barsch kontrolliert wurden. Aber man konnte ja wieder in die beschauliche Heimat zurückkehren, in der man die neuen Bürgerrechte danach noch besser zu schätzen wusste.

Der Kalte Krieg zwischen dem sowjetisch geprägten „Ostblock“ und dem „Westen“ ließ eine Wiedervereinigung Deutschlands in weite Ferne rücken. Mühsam und nicht ohne Anfeindungen setzten 1969 linksliberale Kräfte der Bundesrepublik sich mit „Wandel durch Annäherung“ für eine Entspannungspolitik ein und konnten so wenigstens der nichtarbeitenden Bevölkerung der DDR Reisemöglichkeiten zu den Verwandten im Westen ermöglichen.

Ganz anders - aber auch wirklich ganz anders - erlebten die Menschen die Geschichte in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ).

Der größte Teil der im Zuge des 2. Weltkrieges vertriebenen Deutschen landeten in Ostdeutschland und wurden mehr oder weniger freundlich aufgenommen. Materiell bessergestellte Familien mit politischem Weitblick - bzw. Angst vor Verfolgung - verließen sehr schnell die SBZ, weil sie sich in den Westzonen bessere Chancen für einen Neuanfang erhofften.

Der überwiegende Teil der Vertriebenen aus den ehemaligen Deutschen Ostgebieten fand in der entstehenden DDR unter schweren Bedingungen seine neue Heimat.

Die sowjetische Militäradministration (SMAD) verfolgte sehr viel krasser etwaige Kriegsverbrecher und deportierte Schuldige - auch weniger Schuldige - in ehemalige Konzentrationslager oder ganz nach Sibirien.

Die Sowjetunion bestand auch als einzige auf den von allen Siegermächten beschlossenen Reparationsforderungen. Sie demontierte viele wichtige Fabriken und Teile der Eisenbahninfrastruktur in ihrem Besatzungsgebiet und baute sie in der Sowjetunion wieder auf. Auch über lange Zeit wurden aus dem Staatshaushalt der späteren DDR finanzielle Mittel für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion abgeschöpft.

Schon sehr früh wurden die Weichen in der SBZ zur Entwicklung eines sozialistischen ostdeutschen Staates gelegt. Die Gruppe Ulbricht, von der Komintern in der Sowjetunion ausgebildete Kader, wurde von Stalin als zivile Machtbasis installiert und baute gezielt eine zentralistische Regierungs- und Verwaltungsstruktur auf. Die neu geschaffenen Parteien wurden, entsprechend der erklärten DIKTATUR DES PROLETARIATS, unter der absoluten Führung der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) gleichgeschaltet. Sie dienten als Mäntelchen der Demokratie, standen aber unter dem Kuratel der SED und spielten in der realen Politik der DDR kaum eine Rolle.

Bewusst wurden 1952 die alten landsmannschaftlichen Gebiete Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen und Thüringen zerschlagen und in 14 kleine Verwaltungseinheiten zerstückelt, um den Durchgriff der neuen Machtzentrale, dem Politbüro der SED, besser zu entsprechen. Diese Bezirke hatten keine gliedstaatliche Autonomie und keine Selbstverwaltungsrechte wie die Länder in der Bundesrepublik. Der Verwaltungsapparat wurde im Gegensatz zu Westdeutschland vorwiegend aus unerfahrenen, aber linientreuen, angeblich antifaschistischen Menschen neu organisiert. Die Reste der Feudalgesellschaft wurden gleich nach dem Krieg zerschlagen und auch die

Großbauern blieben nicht verschont. Durch die angeordnete Bodenreform wurde Ackerland entsprechend dem Slogan „Junkerland in Bauernhand“ den ostelbischen Landarbeitern in kleinen Flächen zur Bewirtschaftung übergeben. Aber mit der späteren Zwangskollektivierung der Landwirtschaft wurde ihre private Verantwortung wieder durch Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) abgelöst.

Selbst die Handwerksbetriebe wurden sukzessive enteignet und in genossenschaftliches Eigentum (PGH) überführt. Später wurden diese Kleinbetriebe auch noch in großen Dienstleistungskombinaten zusammengeschlossen, um planwirtschaftliche Maßnahmen besser durchzusetzen und kontrollieren zu können.

Ebenso liefen immer wieder Enteignungswellen durch den privaten Dienstleistungssektor. Mit der Aktion ROSE (1953) wurden z. B. die Hotels und Gaststätten an der Ostsee enteignet und fortan durch die Handelsorganisation (HO) bzw. den FDGB staatlich geführt.

Auch die kleinen und mittelständischen Betriebe wurden spätestens in den 60' er Jahren durch staatliche Auflagen sukzessive enteignet und in Volkseigene Betriebe (VEB) umgewandelt. Alles war darauf ausgerichtet, möglichst kein Privatvermögen zuzulassen, wie man heute noch die fatalen Konsequenzen auf Kuba beobachten kann.

Privatinitiative wurde weder honoriert noch gefördert. Die Verantwortung wurde immer weiter nach oben delegiert. Die Ostdeutschen haben also nie die Chance gehabt, privatwirtschaftliche Verantwortung zu tragen. Etwas zu wagen und evtl. auch zu scheitern, haben wir nicht gelernt. Wir gingen den vorgezeichneten „Weg vom ICH zum WIR“ mit fatalen Konsequenzen in der „Nachwendezeit“, in der jetzt ostdeutsche Führungskräfte rar sind.

Was die Menschen von diesem neuen, sozialistischen System hielten, kann man an den illegalen massenhaften Abwanderungen der Ostdeutschen Richtung Westen erkennen (3,7 Millionen). Vor dem absoluten Schließen der Grenzen wurden es immer mehr. Die DDR-Führung - mit Billigung der Sowjetunion - wusste sich nicht anders zu helfen, als eine undurchlässige Mauer an ihren Grenzen zu schaffen. Der „Antifaschistische Schutzwall“ zum Westen bildete fortan die Realität im Leben der DDR-Bürger. Kaum jemand hatte noch die Vision eines vereinten Deutschland und die Entfremdung zwischen Ost und West wurde über die Jahrzehnte zementiert.

Das praktische Leben war aber durchaus auszuhalten. Wir hatten alle unser Auskommen. Wir gründeten ohne Zukunftsängste unsere Familien und lebten unsere Jugend aus.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau war offizielle Linie, die Familien wurden gefördert, Vollbeschäftigung und Eingliederung der Frauen in den Arbeitsprozess, Betreuung der Kinder in Kita und Kindergarten geregelt, die Schulbildung für Alle garantiert – alles Punkte, die prägend für die Zeit in der DDR waren.

Alle sollten aber auch gleich sein. Jeder sollte an seinem Platz für den Aufbau des Sozialismus arbeiten und für den Erhalt des Friedens kämpfen. Eine populäre Losung war: „Mein Arbeitsplatz – mein Kampfplatz für den Frieden!“. Das Kollektiv sollte alle mitnehmen. Gestrauchelte wurden durch das Kollektiv aufgefangen. Es gab kaum soziale Unterschiede. Ein Labormechaniker verdiente nur unwesentlich weniger als ein Ingenieur. Ein Betriebsleiter ging mit mehr Sorgen aber vielleicht nur mit dem doppelten Geld nach Hause. Die Ansammlung von Privatvermögen war unerwünscht und kaum möglich.

Vielen DDR-Bürgern genügte die DDR so wie sie war.

Da passt der Spruch von Rosa Luxemburg ganz gut:

„Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht“.

Aber es gab auch viele interessierte Menschen, die die eingeschränkte intellektuelle Freiheit spürten. Die Kulturschaffenden der DDR litten besonders unter der ideologisch ausgerichteten Kunstpolitik der SED. Kunst und Medien wurden von staatlicher Seite immer wieder penibel darauf abgeklopft, ob sie dem gewünschten Auftrag zur Entwicklung des sozialistischen Menschenbildes entsprachen. Hielt man sich nicht an die auferlegte Doktrin, wurde Abschiebung in den Westen, Berufsverbot oder mindestens ein Karriereknick provoziert.

Mancher Normalbürger vermisste es schon, dass er nicht die Bücher oder die Zeitungen lesen konnte, die er wollte. Alles war gleichgeschaltet – sogar die Losungen für die nächste

Maidemonstration wurden im Zentralorgan der SED vorgegeben. Für Viele führte der Einheitsbrei zu „intellektueller Schizophrenie“. In der Öffentlichkeit sagte man nicht das, was man im privaten Kreis diskutierte.

Wegen der sozialistische Planwirtschaft und der niedrigen Produktivität herrschte in der DDR eigentlich immer eine Knappheit an Gütern aller Art. In so einer Mangelwirtschaft ist nicht das Geld ein Problem, sondern die Beziehungen zu den Verteilern der materiellen Güter. Es gab dafür den Ausdruck „Vitamin B“. Beziehungen waren entscheidend, ob man einen Bedarf erfüllen konnte oder nicht. Eine Verkäuferin mit ihrer „Bückware“ hatte z.B. bessere Karten, als ein beziehungsloser Angestellter. Es war also wichtig, immer Jemanden zu kennen, der Jemanden kannte. Dieses Geflecht aus persönlichen Beziehungen ist wohl mit dafür verantwortlich, dass man heute dem Zusammenhalt der Menschen in der DDR so verklärt nachtrauert.

Heute geht man einfach in ein Geschäft oder ins Internet und kauft die Dinge, die man sich leisten kann. In der DDR war das ohne Vitamin B nicht so einfach. Wenn man, wie auch immer, erfahren hatte, dass es eine Begehrlichkeit, wie Fliesen, Vietnam-matten, Möbel, Baustoffe, Campingartikel, Fernseher, Schallplatten ..., wahrscheinlich zu kaufen gab, stellte man sich in der Nacht an und unterhielt sich bis zur Öffnung der Verkaufsstelle mit den anderen Interessenten. Es wurde z.B. bei Möbeln so perfektioniert, dass Nummern ausgegeben wurden und man brauchte erst zu Öffnungszeit wieder erscheinen. Und wenn man dann noch Glück hatte, von der rationierten Ware etwas abzubekommen, dann stellte sich ein triumphales Erfolgsgefühl ein, wie man es sich heute nicht mehr vorstellen kann. Man war natürlich auch froh, wenn man sein Schnitzel, Radeberger Bier, Südfrüchte oder Spee-Waschpulver bekam. Das gab es natürlich wesentlich leichter in dem Vorzeigegebiet „Hauptstadt der DDR“ als in der Provinz.

Es gab kaum fremde Einflüsse in unserer geschlossenen Gesellschaft. Die heute so viel bemühte Deutsch-Sowjetische Freundschaft fand nie wirklich durch persönliche Verbindungen statt, obwohl wir alle in der „Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft“ (DSF) monatlich unseren Beitrag entrichteten. Bis auf die Jugendfestspiele und zeitweilig einige Gastarbeiter aus Ungarn, Rumänien und Polen bekamen wir „werktätigen Massen“ sonst kaum Berührung mit ausländischen Menschen. Wir waren eine homogene Gesellschaft von Bio- Deutschen, die es heute so „rein“ nicht mehr gibt. Die DDR holte keine Gastarbeiter ins Land, sondern schloss 1980 mit der sozialistische Republik Vietnam einen Staatsvertrag ab, um mit Hilfe von vietnamesischen Vertragsarbeitern, Auszubildenden und Spezialkräften die DDR-Wirtschaft **befristet** freundschaftlich zu unterstützen. Es kamen ca. 200.000 fleißige, anpassungsbereite und bescheidene Menschen zu uns. Im Privaten blieb man aber sicher auch unter sich. Bald murrten die Deutschen, dass die „Fitschis“ Fahrräder und andere Mangelwaren in ihre Heimat schickten und wir nichts mehr zu kaufen hätten. Politik wurde immer von oben gemacht. Es gab keine gewachsenen Parteien im demokratischen Sinne. Die Parteien wurde bis zur Wende den Menschen zu 99,7 % quasi übergestülpt - ohne echte Alternativen. Die SED war der Treibstoff für die Karriere. Wenn man „etwas Werden“ wollte, musste man in die *richtige* Partei eintreten. Ohne Zugehörigkeit zur Partei der Arbeiterklasse war z.B. eine leitende Tätigkeit kaum möglich. Für einen Studienplatz war es förderlich, wenn man „gesellschaftlich tätig“ war oder die Eltern in der SED oder Arbeiter und Bauern waren.

Dann implodierte 1989 der Staat DDR und alles wurde anders. Die Menschen in Staatsnähe verloren ihre politische Heimat, Posten und Privilegien. Was für ein Wunder, dass dieser Umbruch unblutig verlief!

Es gab in der DDR mehrere hunderttausend Angehörige der „Bewaffneten Organe“ mit ihren Sondervergünstigungen, die mit einem Schlag wegfielen.

Die 650.000 (von 1950 – 1989) inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit mussten fürchten, enttarnt zu werden.

Die staatstragende SED hatte zuletzt 2,3 Millionen Mitglieder (Sarah Wagenknecht ist 1989 noch in die SED eingetreten!!!!).

Diesen Menschengruppen und ihren Familien wurde quasi der Teppich unter den Füßen weggezogen! Ein enormer Teil der kleinen DDR mit seine ca. 17 Millionen Einwohnern!

Wenn sie genügend anpassungsfähig, ideologisch flexibel und reale Leistungsträger waren, fanden sie auch in der neuen Zeit auf die unterschiedlichste Weise wieder ihren Platz.

Mit der Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik Deutschland wurde eine kränkelnde, sozialistische Wirtschaftsform plötzlich in eine kapitalistische, Freie Marktwirtschaft umgewandelt. Das war ein einmaliger, gravierender Umwandlungsprozess, der nur mit größten Schmerzen durchgeführt werden konnte. Geldwährung, Absatzmärkte, Kunden, Bezugsquellen... brachen weg. Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Normen ... wurden anders. Die Treuhand-Anstalt war überfordert und musste schnell entscheiden, welche Betriebe übernommen werden können und welche abgewickelt werden müssen. Fehlentscheidungen, Ungerechtigkeiten und Mausechelen waren vorprogrammiert.

Millionen Ostdeutsche verloren ihren früher so sicheren Arbeitsplatz.

Da war die Euphorie der Wiedervereinigung im Osten sehr schnell abgekühlt! Die Menschen im Westen merkten davon recht wenig. 30.000 Westdeutsche wurden in den Osten geschickt, um den Umbau in das neue System zu unterstützen. So mancher Beamter bekam im Osten eine zweite Chance.

Bald kamen dann aber auch die mutigen, leistungsbereiten jungen Ostdeutschen in die alten Bundesländer, die dann wiederum in den neuen Bundesländern fehlten. Die Familienbande wurden getrennt, trugen aber sicher auch zur persönlichen Annäherung von Ost und West bei.

Was für eine Zeit!

Die Bevölkerung im Osten musste also viele geschichtliche, gesellschaftliche und ökonomische Umbrüche über sich ergehen lassen; musste sich jedes Mal wieder neu orientieren.

Die Älteren haben ihre Erfahrungen und Lebensverhältnisse an die nächste Generation weitergegeben. Viele sind von der „Politik“ erschöpft, resigniert, enttäuscht über „Die Da Oben“ und wollen von der Politik nichts mehr wissen. Andere lassen ihre Wut im Internet über die politischen Akteure durch Hasskommentare und Gewaltaufrufe heraus.

Es ist mir peinlich, wie bei den Ostdeutschen trotz der Erfahrungen der DDR Zeit heute Pegida, AfD und Co. so viel Zuspruch haben! Es ist offensichtlich sehr mühselig, sich mit politischen Hintergründen zu befassen, oder andere Meinungen zu hinterfragen.

Mir persönlich geht es gut. Ich habe als „Otto-Normalbürger“ in der DDR fleißig und engagiert gearbeitet und auch nach der Wende, trotz einiger Hürden, es aber doch geschafft, wieder Fuß zu fassen. Ich freue mich, dass es mir geschenkt wurde, in meiner zweiten Lebenshälfte in einem wohlhabenden, wirklich demokratischen Deutschland leben zu dürfen. Obwohl wir uns ohne Erbschaft oder andere Privilegien alles selbst erarbeiten mussten, führen wir heute ein auskömmliches Leben und haben auch die westliche Welt nach der Wende entdecken dürfen. Daraus speist sich unser Gefühl, es doch ganz gut getroffen zu haben.

Manch einer sollte sich fragen, warum so viele Fremde aus allen Krisengebieten der Welt ausgerechnet in diese kaputte Bundesrepublik Deutschland „streben“.

Ich bin verwundert und enttäuscht, dass politischer „Dummen-fang“ aller Orten, aber besonders im Osten, immer noch funktioniert. Ich hoffe aber auch, dass die Populisten dieser Welt durchschaut werden und es genügend Vernunft gibt, die Demokratie als die beste Regierungsform immer wieder zu optimieren, zu verändern und doch zu erhalten.

In der Versenkung verschwinden sollen alle Extremisten in der Welt, die ihre Ideologie über alles stellen, egal ob im linken oder rechten politischen Spektrum. Mich gruselt es auch vor extremen religiösen Strömungen, ob Evangelikale, Islamisten, orthodoxe Juden, Shintouisten oder welcher Couleur auch immer.

Natürlich kann man mit dem momentanen Regierungsstil nicht zufrieden sein. Aber die Herausforderungen mit Turbokapitalismus, Klimawandel, Energiewende, Zuwanderung versus massenhaften Asylsuchenden, Eingliederung in den Arbeitsmarkt, schleppende Abschiebungen, Corona, Infrastruktur, Digitalisierung, Ukraine Krieg, Verteidigungsfähigkeit, Bürokratieabbau, und den Krisen dieser Welt sind enorm und müssen effektiver angepackt werden.

Das Strategiepapier des BSW mit dem Aufzählen der Probleme ist schnell zusammengeschrieben, aber tragbare Lösungen sind mit der dürftigen Personalie und den realen Handlungsmöglichkeiten dieser Zeit weit ab von der Realität.

Parteipolitik ist etwas anderes als Regierungspolitik!

Das kann Sarah Wagenknecht z. B. bei ihrem Mentor Gregor Gysi und ihren Mann Lothar Lafontaine erfahren, die nach einem kurzen „Schnupperkurs“ in Regierungsverantwortung das Handtuch schmissen. Was ein Berufspolitiker braucht, hat schon der Soziologe Max Weber 1911 beschrieben und zwischen Überzeugungspolitiker und Vernunftspolitiker unterschieden.

Die AfD mit ihren geistigen Vordenkern aus dem Kreis der Bewegung „Neue Rechte“ hat langfristig das Ziel, die demokratische Grundordnung zu zerschlagen und eine nationalistische, extrem rechte Regierungsform einzuführen. Die Publikationen von Carl Schmidt, Ernst Jünger, Armin Mohler, Götz Kubitschek, Jürgen Elsässer und dem intellektuell etwas schmaler ausgestatteten Jungstar Martin Sellner zeichnen den Weg in ein nationalistisches, antidemokratisches Deutschland. Sie sind die Väter der „Identitären Bewegung“, der Leugnung des Holocausts, Relativierung der nationalsozialistischen Gräueltaten, Beförderer des Antisemitismus und propagieren die Säuberung des deutschen Volkes von fremden Ethnien. Die entsprechenden „Denkfabriken“ liefern der AfD die Strategien zur Destabilisierung der Demokratie: Krise als Chance nutzen, Verunglimpfung der Medien als „Lügenpresse“, Leugnung des Klimawandels, Verächtlichmachung der „Altparteien“, den Volkszorn schüren.

Alle Protestwähler, die auf die „alten Parteien“ schimpfen und meinen: „Lasst die AfD mal machen, schlimmer kann es ja nicht werden!“ spielen mit dem Feuer. Es würde mit der schleichenden Einflussnahme auf Justiz und Medien beginnen und nicht so schnell wieder zurück gedrängt werden können.. Wenn die Regierung durch die dritte Gewalt nicht mehr unabhängig gezähmt wird und die vierte Gewalt nicht mehr hinter die Kulissen schauen will, dann geht es in Richtung autoritäre Diktatur mit Willkür, Rassismus, Unterdrückung, Protektionismus und Korruption. Ob man mit Abschottung, Remigration, Raus aus der EU, Wiedereinführung der D-Mark und Aufruf zum massenhaften Kinderkriegen die Bio- Deutschen in eine bessere Zukunft führen kann, sollten sich die Protestwähler noch einmal überlegen.

Um auf meine Überschrift zu diesem Geschreibsel zurück zu kommen:

Auch ich kann das Phänomen der Ostdeutschen kaum erklären!